

Rangliste der Pressefreiheit 2015 Nationale Sicherheit: Vorspiegelung falscher Tatsachen

"Ein Volk, das bereit ist, die Freiheit für die Sicherheit zu opfern, verdient weder das eine noch das andere und verliert am Ende beides". Das sagte schon Benjamin Franklin, einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika, im 18. Jahrhundert. 200 Jahre später ist für viele demokratische wie nicht-demokratische Regierungen das Thema Sicherheit eines der wichtigsten Argumente, wenn sie die Grundfreiheiten mit Füßen treten und die Weitergabe von Informationen verhindern.

Wenn Informationen die Sicherheit des Staates bedrohen

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts hat **Russland** (Rang 152) im vergangenen Sommer eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die die Informationsfreiheit massiv einschränken. Eines von ihnen sieht für "öffentliche Aufrufe zu Aktionen, die die territoriale Integrität der Russischen Föderation bedrohen", bis zu fünf Jahre Freiheitsentzug vor, wenn diese Informationen über Medien oder das Internet verbreitet werden.

In **Marokko** (Rang 130) gibt es rote Linie der Berichterstattung, die Medien, Journalisten oder Blogger nicht überschreiten dürfen. Dazu zählen Berichte über Unabhängigkeitsbestrebungen des Gebiet der Westsahara. Der Entwurf des marokkanischen Presse-Codes sieht das Verbot von Veröffentlichungen vor, die der nationalen Einheit des Landes schaden könnten. Im Juli 2014 wurde der aus der Sahara stammende Journalist und Aktivist Mahmoud al-Lhaissan wegen seiner Berichterstattung über eine friedliche Demonstration in Laayoune in der Westsahara festgenommen.

Im Nahen Osten wird das Schlagwort der "Gefährdung der nationalen Sicherheit" regelmäßig gegen Journalisten und Bürgerreporter eingesetzt, um unabhängige Stimmen zum Schweigen zu bringen. Eine Überprüfung der Fälle von rund 200 Journalisten und Bloggern im **Iran** (Rang 173) die im Zuge der Protestbewegung gegen die umstrittene Präsidentschaftswahl von Mahmoud Ahmadinedschad im Juni 2009 inhaftiert wurden, zeigt, dass 90 Prozent von ihnen vorgeworfen wurde, mit ihren Veröffentlichungen über die Niederschlagung der Proteste und über die Situation der Häftlinge „gegen die staatliche Sicherheit“ gehandelt zu haben.

Wendepunkt der Informationsfreiheit in Ägypten

In **Ägypten** (Rang 158) hat die Machtergreifung von General Al-Sisi zu einem Wendepunkt für die Informationsfreiheit geführt. Rund ein Dutzend Pressevertreter sind bis heute aus willkürlichen Gründen inhaftiert. Unter ihnen zwei Journalisten von Al Jazeera: Der Kanada-Ägypter Mohamed Adel Fahmy und der Ägypter Mohamed Baher sitzen seit 29. Dezember 2013 hinter Gittern. Ihnen wird vorgeworfen, Informationen veröffentlicht zu haben die "der nationalen Sicherheit schaden".

Die Entwicklung der radikalen islamistischen Bewegungen führt am Horn von Afrika dazu, dass immer öfter das Argument der Sicherheit als Vorwand herangezogen wird, um die Informationsfreiheit missbräuchlich einzuschränken. In **Somalia** (Rang 172) sind seit August 2014 zwei Journalisten in Haft: Mohamed Bashir Hashi vom Radio Shabelle Editor (Preisträger des Reporter ohne Grenzen Preises 2010) und Mohamed Dahir Mohamud, Geschäftsführer von Sky FM. Ihnen droht die Todesstrafe, weil sie die "Integrität, Unabhängigkeit und Einheit des somalischen Staates" angegriffen haben sollen. Im Nachbarland **Äthiopien** (Rang 142) befinden sich seit April 2014 drei Journalisten und sechs Blogger der Gruppe ‚Zone 9‘ auf der Grundlage eines Terror-Präventionsgesetzes in Sicherungsverwahrung.

Einschränkung der Medien nach dem Putsch in Thailand

In Südostasien haben die Militärs nur zu gut verstanden, dass die nationale Sicherheit eine hervorragende Entschuldigung ist, um Kritiker und investigative Journalisten zum Schweigen zu bringen. Im Mai 2014 hat das Militär in **Thailand** (Rang 134) nach dem Putsch die Kontrolle über die wichtigsten nationalen Sender übernommen, etwa zwanzig Medien geschlossen und mehrere ausländische Fernsehsender blockiert. In **Burma** (Rang 144) standen 2012 die Zeichen auf demokratische Reform. Doch seither kontrolliert die Regierung, die vor allem aus Angehörigen der ehemaligen Militärregierung besteht, die Medien immer strenger. Die Prozesse gegen Journalisten des UNITY JOURNAL und gegen Bi Te Nein, der Tod der Journalistin Ko Gyi im Militärgefängnis und eine gezielte Kampagne der "besonderen Informationsabteilung" gegen die Medien führen zu wachsender Sorge über die Entwicklung der Pressefreiheit in dem südostasiatischen Land.

In **Indonesien** (Rang 138) haben die Militärs den Vorwand der nationalen Sicherheit benutzt, um ausländische Journalisten von Recherchen abzuhalten. So ist es ihnen gelungen, die Aufdeckung von Menschenrechtsverbrechen in der östlichen Provinz Papua durch die internationalen Medien zu verhindern. Mit der dreimonatigen Gefängnisstrafe der französischen Journalisten Thomas Dandois und Valentine Bourrat aufgrund Recherchen ohne offizielle Erlaubnis einher ging eine intensive Suche nach den Informanten der Journalisten.

Besorgnis im Umfeld der Maidan-Protteste

Die Demonstrationen auf dem Maidan-Platz in Kiew, die im November 2013 begonnen hatten und im Februar 2014 zur Amtsenthebung des ukrainischen Präsidenten Viktor

Janukowitsch führten, riefen in weiten Teilen Ost- und Mitteleuropas große Sicherheitsbedenken hervor.

Im Dezember 2013 fügte das Nachbarland **Russland** sogenannte „extremistische Inhalte“ zu einer Liste von Gründen hinzu, aufgrund derer Webseiten unter dem Internetgesetz von 2012 blockiert werden können. Als ‚extremistisch‘ werden Aufstachelung zu Hass und zu terroristischen Aktionen geführt, aber auch Aufrufe zur Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen. Dies war eine direkte Antwort auf die Ereignisse auf dem Maidan. Die Wirkung ließ nicht auf sich warten: die drei wichtigsten oppositionellen Nachrichten-Webseiten wurden im März 2014 blockiert.

Im April 2014 verabschiedete die Duma, das Unterhaus des russischen Parlaments, ein Gesetzespaket zur Terrorismusbekämpfung. Darunter fiel auch ein Telekommunikationsgesetz, das die Betreiber von Blogs und soziale Netzwerken mit mehr 3000 Besuchern pro Tag dazu verpflichtete, sich unter dem richtigen Namen bei der Aufsichtsbehörde für Telekommunikation (Roskomnadsor) zu registrieren. Die Betreiber unterliegen seither den gleichen Regeln wie Journalisten und dürfen etwa als Staatsgeheimnis eingestufte Informationen oder sogenannte extremistische Äußerungen nicht verbreiten.

Geist von Maidan unterdrücken

Kasachstan (Rang 160), das nach den Unruhen in der Stadt Zhanaozen im Jahr 2011 bereits die meisten unabhängigen Medien geschlossen hatte, wollte 2014 eine Ausbreitung des Geistes des Maidan verhindern. Ende Januar erließ die Regierung ein Dekret, das die Möglichkeiten von Maßnahmen bei einem ‚sozialen Notstand gesellschaftlicher Natur‘ erweiterte. Der Begriff war in der Sowjetunion verbreitet und geht weit über einen normalen „Ausnahmestand“ hinaus. Darunter fallen auch Aufstände, regionale oder lokale Konflikte, Streiks und große Demonstrationen. In solchen Fällen werden alle Medien der Region einer Vorab-Zensur unterworfen. Zeitungen oder Fernsehprogramme müssen 24 Stunden vor Veröffentlichung bei den zuständigen Behörden zur Kontrolle vorgelegt werden.

Sicherheits Exzesse im Namen des Anti Terror-Kampfs

Nicht nur autoritäre Regime nutzen die nationale Sicherheit als Vorwand. Bei einer Pressekonferenz im Februar 2014 machte der investigative Reporter der New York Times, James Risen, bekannt, wie sehr ihn die US-amerikanischen Behörden verfolgten. Die **Vereinigten Staaten** (Rang 49) nannte er einen "Orwellschen Staat, der vorgibt, transparent zu sein.“ Hintergrund war eine Haftandrohung, wenn er sich in einem Gerichtsverfahren gegen einen ehemaligen CIA-Agenten, der mit dem Spionagegesetz aus dem Jahr 1917 wegen der Weitergabe von Informationen angeklagt war, weigere, die Namen seiner Hinweisgeber offenzulegen. Unter der Präsidentschaft von Barack Obama wurden Mithilfe des Spionagegesetz nicht weniger als acht Whistleblower angeklagt, darunter Chelsea Manning. Vor Obama war das Gesetz seit 1917 gerade einmal drei Mal angewandt worden.

Im Namen der nationalen Sicherheit haben die die Vereinigten Staaten und die National Security Agency (NSA) ein umfassendes System der Überwachung eingerichtet, dessen Ausmaß der US-Whistleblower Edward Snowden im Juni 2013 publik machte. Auch er wurde aufgrund seiner Enthüllungen mit dem Spionagegesetz angeklagt. Rechtsgrundlage der Überwachungspraktiken ist der Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) aus dem Jahr 1978. Doch es waren die Anschläge vom 11. September 2001 und ihre Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Amerika, die dazu führten, dass der Staat in einen paranoiden Verfolgungs- und Sicherheitswahn verfiel. Nur wenige Monate später wurde der Patriot Act erlassen, 2008 dann der FISA Amendments Act.

Beispiel Frankreich und Großbritannien

Viele europäische Länder haben Anti-Terror-Gesetze, die die Überwachung von Einzelpersonen erlauben. **Frankreich** (Rang 38) und **Großbritannien** (Rang 34) gehen jedoch am weitesten. Im Jahr 2013 hat Frankreich sein sogenanntes Militärplanungsgesetz verabschiedet, dessen Artikel 20 die Überwachung im Falle von Nationaler Sicherheit oder Terrorbekämpfung erlaubt, ohne dass zuvor eine richterliche Erlaubnis eingeholt werden muss. Damit hebeln die Behörden genau jene juristische Instanz aus, die eigentlich als ein Garant für die Einhaltung der fundamentalen Freiheiten dienen sollte. Ein 2014 in Kraft getretenes Gesetz, das die Maßnahmen im Anti-Terror-Kampf verstärkte, schränkt gleichzeitig den gesetzlichen Schutz von Journalisten ein und ermöglicht, dass Webseiten auch ohne richterlichen Beschluss zensiert werden können.

In Großbritannien wurden Gesetze, die die Überwachung im Falle von Terrorbekämpfung ermöglichten, in mehreren Fällen missbraucht. Die britische Polizei hat sich zum Beispiel Ende 2013 Einzelverbindungs nachweise von über 1.700 Mitarbeitern von ‚News UK‘ beschafft, dem Herausgeber der Zeitungen The Times, Sunday Times und The Sun. Die Tageszeitung The Guardian hat vor kurzem belegt, dass der britische Geheimdienst GCHQ im Jahr 2008 allein während einer zehnminütigen Übung 70.000 E-Mails abfing, darunter auch solche von Journalisten der ‚Welt‘, des Guardian, der New York Times, der SUN, von NBC und Washington Post.

Nachrichtensperre bei „Sonderinsätzen“

In **Australien** (Rang 25) hat die ‚National Security Amendment Bill‘ von Oktober 2014 nicht nur den australischen Geheimdienst für illegalen Praktiken unangreifbar gemacht. Zur Vielzahl der Maßnahmen zum Schutz der nationalen Sicherheit zählt auch eine Nachrichtensperre über sogenannte "Sondereinsätze", für die bei Zuwiderhandlung eine Freiheitsstrafe verhängt werden kann.

In **Japan** (Rang 61) sieht das am 10. Dezember in Kraft getretene "Gesetz über den Schutz von besonders gekennzeichneten Staatsgeheimnissen" bis zu 10 Jahre Gefängnis vor für Journalisten, Blogger oder Hinweisgeber, die „als Staatsgeheimnis eingestufte Informationen“ publizieren oder weitergeben.

In der **Türkei** (Rang 149) werden Dutzende Journalisten willkürlich auf Grundlage der Anti-Terror-Gesetze verfolgt. Vor dem Hintergrund eines Korruptionsskandals, in den auch die

Staatsspitze involviert sein soll, wurden 2014 die Befugnisse für Überwachung und Internetzensur der nationalen Informationsdiensten und Telekommunikations-Aufsicht erweitert. Eine kürzlich verabschiedete Änderung verlängert die Liste der Gründe, die die Sperrung von Webseiten ohne Gerichtsbeschluss ermöglichen. Einer der Gründe ist nun auch die nationale Sicherheit.